IDOS German Institute of Development and Sustainability

IDOS POLICY BRIEF 29/2026



Wissenschaftliche Politikberatung

Aufgaben, Anforderungen und Spannungsfelder

Sven Grimm

Zusammenfassung

Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit stehen in einem Austausch zu Themensetzungen und Problemlösungen. Dies stellt alle Akteur*innen, auch Beratende aus der Wissenschaft, vor besondere Herausforderungen. Sie sehen sich mit Erwartungen und verschiedenen Rollenbildern konfrontiert und agieren in unterschiedlichen Systemen. Zu dieser inhärent spannungsgeladenen Beziehung kommen in den letzten Jahren weitere Herausforderungen mit zunehmender Wissenschaftsfeindlichkeit und Missachtung der Faktenbasis hinzu. Umbruchzeiten, in denen Unsicherheiten und Komplexitäten zunehmen, bedürfen einerseits der wissenschaftlichen Einordnung, andererseits aber auch einer Reflexion der Aufgaben, Anforderungen und Spannungsfelder, denen sich Wissenschaftler*innen in der Beratung gegenübersehen.

Die Frage der Rückkoppelungen zwischen Wissenschaft und Politik wird immer wieder in der Öffentlichkeit und auch von Entscheider*innen selbst kritisch betrachtet. Sie ist selbstverständlich auch Gegenstand der Diskussion in der Wissenschaft selbst. Dieses Policy Brief betrachtet Beratung im Kontext politischer Entscheidungsprozesse aus der Perspektive von internationaler Politik- und Gesellschaftsforschung als angewandte Wissenschaft, basierend nicht zuletzt auf Erfahrungen des German Institute of Development and Sustainability (IDOS), das Forschung, Beratung und Ausbildung in enger Verzahnung betreibt. Zentrale Aussagen sind:

- Kritische Distanz bei notweniger Nähe bedarf der Verständigung über die Rolle sowie des Ziels der Beratung.
- Für Wissenschaft gilt das Gebot der kritischen Hinterfragung und der Nicht-Parteilichkeit. Forschende sind dabei jedoch nie „neutral“, sondern vertreten Positionen, die unter anderem auf wissenschaftsinternen Auseinandersetzungen zur Gewichtung von Erkenntnissen beruhen.
- Spannungsfelder zwischen Wissenschaft und Politik bestehen mit Blick auf komplexe Sachverhalte und wissenschaftliche Unsicherheiten, nicht zuletzt bei zukunftsorientierten Fragen, denen Erwartungen nach einfachen, schnell umsetzbaren Lösungen gegenüberstehen. Darüber hinaus haben Wissenschaft und Politik sehr unterschiedliche Zeithorizonte.
- Beratungsinstitutionen haben Expertise-Schwerpunkte. Ihre Fachkompetenz muss (jenseits der Institutionen-Kenntnisse) wissenschaftlich begründet sein, um Vertrauen in ihre Verlässlichkeit zu schaffen.
- Letztlich muss Wissenschaft auch in die sie finanziell tragende Gesellschaft und als „Gemeingut Wissen“ kommuniziert werden, als öffentliche Beratung für einen Prozess der gesellschaftlichen (Selbst-)Versicherung.

CC BY 4.0 license

Wissenschaft und Politik – es ist kompliziert

Das ohnehin komplexe Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist in den letzten Jahren oftmals schwieriger geworden. Vor allem in akuten Krisen werden von Wissenschaftler*innen Erklärungen zu Ursachen und mögliche Handlungsoptionen erwartet. Zudem ist das Verhältnis aus mindestens zwei Gründen zunehmend kompliziert.

Zum einen nehmen Entscheidungsdruck und Komplexität zu. In den letzten Jahrzehnten sind Interdependenzen gewachsen, zugleich verändern sich gegenwärtig globale Dynamiken rapide und grundlegend. Damit steigen Unsicherheiten und Wechselwirkungen. Die Bearbeitung lokaler Auswirkungen von globalen Krisen – ob Gesundheit, Klima, Energie oder Sicherheit – erfordert kollektives Handeln über soziale Gruppen und Staatsgrenzen hinweg und wirft nicht zuletzt Gerechtigkeits- und Wertefragen auf. Insbesondere unter akutem Handlungsdruck suchen Entscheider*innen wissenschaftliche Expertise. In akuten Krisen werden schnelle Lösungen benötigt, Vielschichtigkeiten kommen oftmals zu kurz. Zum Beispiel zeigte die COVID-19-Pandemie einerseits die große Bedeutung medizinischen Fachwissens, etwa zu Infektionen, Übertragungsketten und Impfschutz. Zugleich illustrierte sie die Grenzen von Expertise: Sozialwissenschaftliche und internationale Perspektiven traten hinter unmittelbare Herausforderungen zurück (Grimm, 2020). Auch national umstritten, spiegelten unmittelbare Krisenreaktionen wie etwa Reisebegrenzungen, Impfstoff-Aufkäufe etc. auch globale Ungerechtigkeiten zwischen „Nord“ und „Süd“ wider (Mbeva, 2022).

Zum anderen verändert sich das politische Umfeld, mit dem wissenschaftliche Beratung im Austausch steht. Populistische Akteur*innen versuchen gezielt, (vermeintliche) Eliten zu delegitimieren. Dies zeigte sich bereits 2016 in den Debatten um den Brexit und seine zu erwartenden Folgen. Ein prominenter Protagonist, Michael Gove, wischte kritische Analysen mit den Worten beiseite: „Die Leute sind der Experten überdrüssig“ (Chatham House, 2017). Mitunter wird nicht einmal der Versuch einer Begründung unternommen, und gewünschte Effekte werden schlicht behauptet („*post-truth*“). Ein Beispiel für aktuellen Druck auf die Wissenschaft ist seit Januar 2025 die US-Regierung unter Donald Trump: Neben Minderheitengruppen werden insbesondere wissenschaftliche Einrichtungen und renommierte Universitäten unter Druck gesetzt. Immer wieder tabuisiert die Regierung wissenschaftliche Forschungsfragen oder unterstellt politische („*woke*“) Absichten statt Erkenntnisinteresse. Diese Entwicklung hat europäische Entsprechungen und Vorläufer, etwa in Ungarn unter Victor Orbán. In den USA ist offenbar auch die Löschung von Datensätzen aus ideologischen Gründen möglich geworden, was wissenschaftlichen Rückschritt bedeutet (Grimm & Hornidge, 2025).

Die Freiheit und Selbstregulation der Wissenschaft sind also bedeutsam. Zwar sind in autoritären Staaten wie China oder Russland technische Innovationen ebenso gefragt wie Analysen zu langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen. Allerdings wird dies bei begrenzter Wissenschaftsfreiheit vor allem als *technisches* Wissen verstanden, nicht als kritische Debatte, etwa zu gesellschaftlichen Wirkungen. Aber auch bei grundsätzlicher Freiheit der Wissenschaft kann das System ad absurdum geführt werden. Wissenschaft lebt von kritischer Hinterfragung: Eine „Wahrheit“ gilt immer nur bis zu ihrer Widerlegung. Dies kann missbraucht werden, wenn Debattenbeiträge nicht wissenschaftlichen Qualitätsstandards genügen. So können unwissenschaftliche Positionen – von der Leugnung menschlicher Ursachen der Klimaveränderungen bis zu Fragen von Impfungen – als gleichwertiger Beitrag in einer vermeintlich „offenen Debatte“ dargestellt werden, so dass politische Akteur*innen ihnen „genehme Erkenntnisse“ auswählen können, unabhängig von ihrem wissenschaftlichen Gehalt.

Die Rolle wissenschaftsbasierter Beratung in einer demokratischen Gesellschaft

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist auch in demokratischen, liberalen Gesellschaften nie spannungsfrei. Beide, Wissenschaft und Politik, sind in sehr unterschiedlichen Rationalen verankert. Zugespitzt formuliert: Während Politik auf Entscheidungs- und Umsetzungsfähigkeit (Macht) beruht – und dafür in demokratischen Gesellschaften Mehrheiten benötigt –, sucht Wissenschaft Erkenntnisse und stellt diese zur Diskussion, unabhängig von gesellschaftlicher Akzeptanz oder vorgeprägten Weltsichten.

Jürgen Habermas unterschied bereits in den 1960er Jahren drei Modelle der Politikberatung (Habermas, 1968). Das **technokratische Modell** weist der Wissenschaft die größte Bedeutung zu, da wissenschaftliche Forschung Lösungen aufzeige. Es könnte sich im Extrem zu einer Herrschaft der Expert*innen („Expertokratie“) entwickeln, leidet jedoch tendenziell unter einem Legitimationsdefizit, da in seiner Logik politische Entscheidungsträger*innen von der Wissenschaft zunehmend abhängig sind, auch ohne öffentliche Zustimmung oder die Beteiligung der Gesellschaft. Wissenschaftler*innen haben kein Mandat für einen gesellschaftlichen Interessenausgleich.

Im **dezisionistischen Modell** tragen Erkenntnisse von Wissenschaftler*innen zu Entscheidungen bei, sind jedoch der Politik untergeordnet. Hier werden politische Entscheidungen immer machtpolitisch und ideologisch vorausgewählt, der Wahrheitsgehalt ist letztlich zweitrangig. Das dezisionistische Modell wirft Fragen zur Wirksamkeit oder Nachhaltigkeit von Entscheidungen auf, wenn Expertise etwa zur Folgenabschätzung oder Risikoanalyse nicht ausreichend berücksichtigt wird. Wissens- und Rationalitätslücken führen zu wenig effektivem Regieren und bedeuten damit letztlich auch Legitimationsdefizite. Ein nicht unauflösbares Spannungsverhältnis bleibt zwischen Wissensproduktion und Entscheidungslegitimität bestehen.

Kasten 1: Transformative Forschung – Analyse oder Anstoß von Veränderungen?

Die Themenfelder Entwicklung und Nachhaltigkeit befassen sich letztlich immer mit grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen von Gesellschaften sowie mit deren ökologischen Rahmenbedingungen. Die Forschung erfasst potentiell sehr komplexe Zusammenhänge; sie geht zudem über nationale und transnationale Betrachtungen hinaus und bezieht eine globale Perspektive mit ein. Einerseits können der Prozess der Entwicklung oder Veränderungen hin zu mehr Nachhaltigkeit nicht nach einem vorgegebenen Muster („blueprint“) verlaufen, da sie gesellschaftlichen und internationalen Aushandlungen unterliegen und damit immer „eigenen Wegen“ folgen. Andererseits sind hinsichtlich der Ziele, d. h. der Vorstellung von „Entwicklung“, zugleich planetare Grenzen und mögliche nachhaltige Zukünfte sowie (notwendige) Veränderungsprozesse in allen Ländern zu bedenken.

Transformative Forschung wird dabei als transdisziplinär verstanden; sie bindet gesellschaftliche Akteure in den Forschungsprozess mit ein („co-design“ und „co-production“ von Wissen) und schafft neben Systemwissen auch Erkenntnisse zu den Zielen (Orientierungswissen) sowie zum Transformationsprozess selbst (Transformationswissen). Sie reflektiert zudem die eigene Rolle kritisch (Schneidewind & Singer-Borowski, 2013).

Der Ansatz transformativer Wissenschaft ist nicht unumstritten; Kritiker sehen darin einen „Solutionismus“ in der Wissenschaft, der zudem Grenzen der Verantwortlichkeiten verwische (Strohschneider, 2014). In der Ko-Kreation wird einerseits Nähe zum politischen Prozess benötigt, um Systemwissen zu erwerben. Andererseits ist Distanz auch eine Voraussetzung für eine unabhängige Bewertung von Prozessen.

Das dritte – und letztlich bevorzugte – Modell der Politikberatung im Sinne Habermas‘ ist die **pragmatische Beratung**, in der beide Seiten, Wissenschaft und Politik, im Sinne einer Ko-Kreation gemeinsam an der Problemdefinition und Lösungsfindung arbeiten. Die Verbindung von wissenschaftlichem Fachwissen und praxisnahen Erfah-

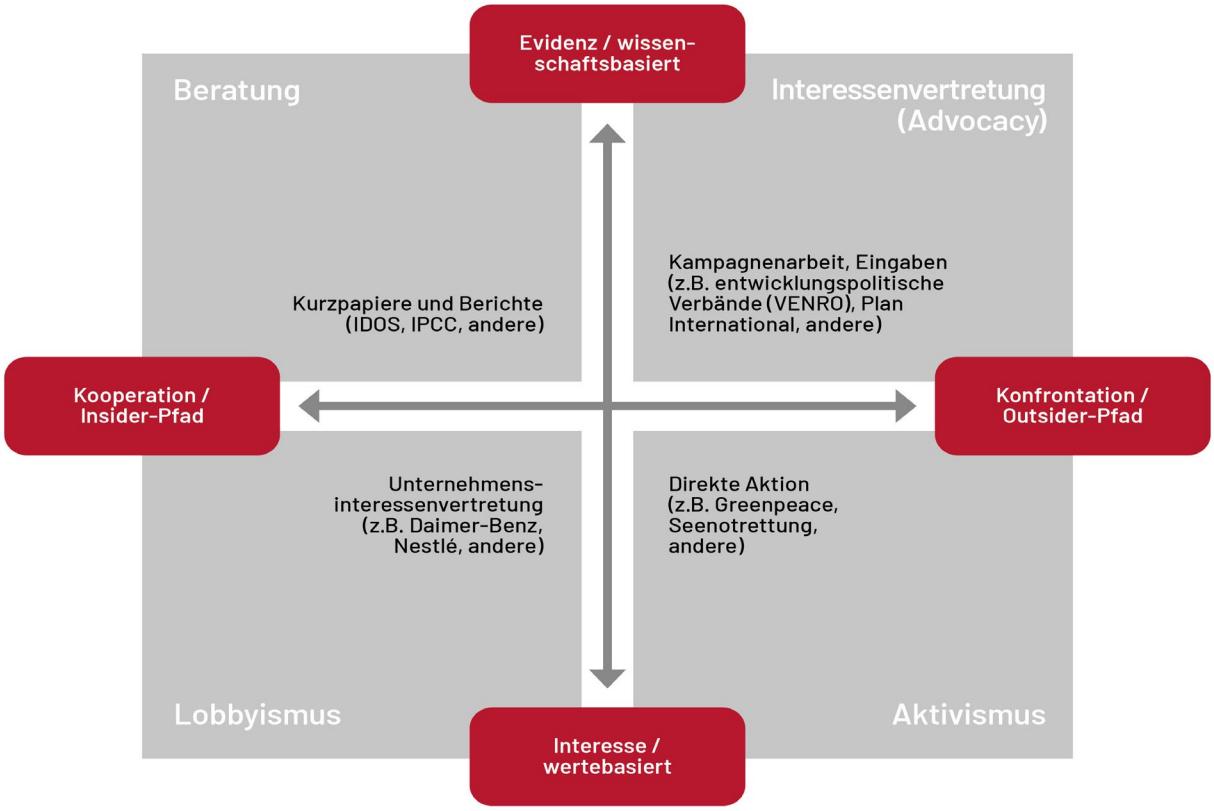
rungen mit politischen Entscheidungsprozessen sowie von Wissen und Werten ist eine potentiell produktive Beziehung – mit Spannungsverhältnissen (siehe unten). Die Betonung auf Legitimation legt auch die Beratung von Parlamentsabgeordneten sowie der Öffentlichkeit nahe. Der Veränderungsanspruch von Wissenschaft ist dabei in einigen Bereichen stärker ausgeprägt (Kasten 1).

Ziele wissenschaftlicher Beratung

Der Kommunikationsprozess zwischen Entscheider*innen und Beratenden ist ein wechselseitiger Prozess von Problemerkennung und -definition, der Übersetzung der Probleme in Forschungsfragen, deren Interpretation im Kontext vorhandenen Wissens sowie der Übersetzung neuen Wissens in politische Handlungsoptionen. Wissenschaftlich fundierte Politikberatung zielt in erster Linie auf die Stärkung der Wissensbasierung und damit auf die Problemlösefähigkeit der Politik. Dies basiert auf Fachwissen – wissenschaftlichem Überblick – in bestimmten Themengebieten. Wissenschaftliche Beratung kann jedoch weder an Einzelinteressen ausgerichtet sein (Lobbying), noch steht das Eintreten für bestimmte Lösungen (Advocacy) im Zentrum. Auch direkte Aktionen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung (Aktivismus) können mangels politischer Legitimation nicht Ziel wissenschaftlicher Beratung sein. Insbesondere bei transformativer Forschung (Kasten 1) bestehen Verbindungen zu den drei anderen Funktionen (Abbildung 1), etwa das Einnehmen bestimmter thematischer Perspektiven oder Ansätze wie Action Research. Für eine wissenschaftsbasierte Beratung müssen jedoch die wissenschaftliche Qualität und eine Gemeinwohlorientierung im Vordergrund stehen, um eine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zu erhalten. Die Frage nach der Rolle im Umgang mit politischen Entscheider*innen (Wo und in welcher Form finden möglicherweise stärker konfrontative Auseinandersetzungen statt?) ist für die Politikberatung wichtig – und letztlich eine immer wiederkehrende Abwägung. Wissenschaft hat aus ihrer Perspektive in der Interaktion folgende Funktionen und Ziele:

Wissenschaftliche Grundlagen: Während Politik und Administration in der Regel erfahrungsgestützt argumentieren, ist es die Aufgabe der Wissenschaft, neue empirische Evidenz in den Kommunikationsprozess mit den politischen Entscheidungsträger*innen einfließen zu lassen. Forschung schafft neue Erkenntnisse, altes Wissen wird überholt. Dies ist ihr vordringlichstes Ziel. Es geht dabei ausdrücklich nicht um strategische Kommunikation („spin“), sondern um inhaltliche Erkenntnisse. Dabei wird auch politisch relevantes Grundlagenwissen zur Verfügung gestellt, um der Politik im Vorfeld aktueller, wichtiger Ereignisse und Entscheidungen oder im Kontext anstehender Weichenstellungen fundiertes Wissen bereitstellen zu können. Medizinische Forschung war während der COVID-19-Pandemie ein Beispiel für Grundlagenforschung mit plötzlicher Entscheidungsrelevanz. Weitere Beispiele wären die Klima- oder die Konfliktforschung mit Blick auf den Wiederaufbau in der Ukraine.

Abbildung 1: Schematische Abgrenzung von Beratung zu anderen Formen des Engagements



Quelle: eigene Darstellung (nach Start & Hovland 2004)

Strategische Beratung: Sichtweisen, Konzepte und Strategien, die in die spezifischen Politikfragen einfließen können, werden auf der Grundlage eigener Forschung erarbeitet. Es geht hier auch um die Kombination verschiedener disziplinärer oder regional geprägter Sichtweisen, um etwa in einer sich verändernden Weltlage informierte Entscheidungen treffen zu können. Beispiele hierfür sind Arbeiten zu Schwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten und deren Auswirkungen in verschiedenen Weltregionen oder zu Stärken und Schwächen der europäischen Außenbeziehungen. Auch Arbeiten zum Zusammenhang von Demokratisierung und der sozial- sowie umweltpolitischen Leistungsfähigkeit von Gesellschaften wären zu nennen. Eine erfolgreiche Beratung erfordert (und schafft) zudem neues Wissen über Faktoren für den Erfolg von politischen Veränderungen.

Politische Leitbilder und Narrative ermöglichen: Wissenschaft verdichtet empirische Beobachtungen und theoretische Debatten zu Deutungen und Narrativen, die von der Politik aufgegriffen werden können, beispielsweise unter Schlagworten wie „Globale Mächte“, „Globaler Süden“ oder „Große Transformation zur Nachhaltigkeit“. Diese „Erzählungen“ ermöglichen dann gesellschaftliche Diskurse zu komplexen Herausforderungen und geben Akteur*innen wie Bürger*innen für komplexe Situationen eine Art Landkarte mit Wegmarken an die Hand.

Komplexe Sachverhalte entschlüsseln: Insbesondere in der Zusammenarbeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen entstehen Erklärungsmuster, die abgestimmtes Handeln (Politikkohärenz) befördern und Ressort-übergreifende Handlungskonzepte verstärken können. Kohärente Außenbeziehungen von Deutschland oder Europa erfordern die Berücksichtigung von entwicklungs-, außen-, sicherheits- und umweltpolitischen sowie außenwirtschaftlichen Aspekten mit entsprechenden Forschungsansätzen.

Langfristorientierung der Politik durch Agenda-Setting und globale Diskurse stärken: In einer beschleunigten und multipolaren Welt geht es darum, Funktionen eines Frühwarnsystems für die europäische und internationale Politik zu übernehmen. Zudem werden in länderübergreifenden (Wissens-)Kooperationen globale Diskurse jenseits der Tagespolitik gestaltet. Dies befördert die Bearbeitung von Zukunftsthemen, z. B. neue Akteurskonstellationen in der internationalen Politik, Digitalisierung und künstliche Intelligenz als fundamentale Veränderungen, Veränderungen in Lieferketten sowie Wissens- und Kooperationssystemen im Globalen Süden oder Auswirkungen klimatischer Veränderungen auf (Sub-)Regionen und globale Vernetzungen.

Orientierungswissen schaffen: Die Aufbereitung und Einordnung internationaler Debatten und Kontroversen für die deutsche und europäische Politik ist für globale Fragen wie auch für bilaterale Kooperationen wichtig und erfordert den Aufbau und die Pflege von internationalen Netzwerken, um regionale oder nationale Prägungen von Diskussionen, deren disziplinären Verankerungen und praktischen Effekten einordnen zu können. Zugleich haben wissenschaftliche Institutionen als öffentlich finanzierte Einrichtungen neben ihrer Rechenschaftspflicht einen ***gesellschaftlichen Bildungsauftrag***. Sie bringen daher ihre Erkenntnisse auch in die öffentliche Diskussion ein, was unter Bedingungen polarisierter Debatten besondere Herausforderungen mit sich bringt.

Anforderungen an Institutionen und Personen

Für öffentliche wissenschaftliche Einrichtungen ergibt sich ein **Beratungsauftrag** bereits aus der Verankerung in der Wissenschaft. Die Forschenden müssen ihren Gegenstand, ihren normativen Ausgangspunkt, ihre Methoden und ihre Unsicherheiten immer auch öffentlich erklären können. Anwendungsorientierte Institute bewegen sich dabei in unterschiedlichen Kontexten – Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit – mit jeweils eigener Handlungslogik sowie eigenen Kommunikationsstilen und -kanälen.

Kasten 2: Rollen der Beratenden

Anforderungen an die individuellen Beratenden sind vielfältig. Rollenerwartungen stehen mitunter miteinander im Konflikt, existieren parallel oder sind in zeitlicher Sequenz.



Expert*in: Wissenschaftliche Erarbeitung von Erkenntnissen und Beratung einzelner Akteure

Gremienmitglied: Mitwirkung in Beiräten und Prozessen

Vermittler*in: Mitgestaltung transformativer Prozesse gemeinsam mit anderen Akteuren

öffentliche Intellektuelle: Mitwirkung an (fachspezifischen) öffentlichen Debatten

Trainer*in/Coach: Ausbildung und Kompetenzentwicklung

Aus der Perspektive einer anwendungsorientierten Forschungsinstitution mit Beratungsauftrag (eines Think-Tanks) lassen sich verschiedene Akteure, Adressaten und Vermittler den Bereichen **Politik, Gesellschaft und Wissenschaft** zuordnen. Alle drei Bereiche – mit ihren jeweiligen Subsystemen – sind für Think-Tanks bedeutsam und müssen in der Kommunikation bedacht werden.

Oftmals sind Institutionen stark in einem **Politikbereich** verankert, in dessen Logik auch ihre zentralen Kontaktpunkte liegen – also für entwicklungspolitische Forschungseinrichtungen das Entwicklungs- oder Umweltpolitische mit Bezug zum Umweltministerium etc. Diese Verortung in Bereichen ist jedoch nicht starr oder exklusiv. Es gibt jenseits der zentralen Kontaktpunkte weitere Akteure, die für bestimmte Themen relevant sind, etwa weitere **Ressorts**. Darüber hinaus kann das Engagement auf **verschiedenen Ebenen** stattfinden: regional, national, europäisch und international. Also ergeben sich ganze Bündel an regelmäßigen Kontaktpunkten, deren interne Funktionslogiken und systemische Rollen verstanden werden müssen und kombiniert werden können.

Kasten 3: Wie funktioniert Politikberatung?

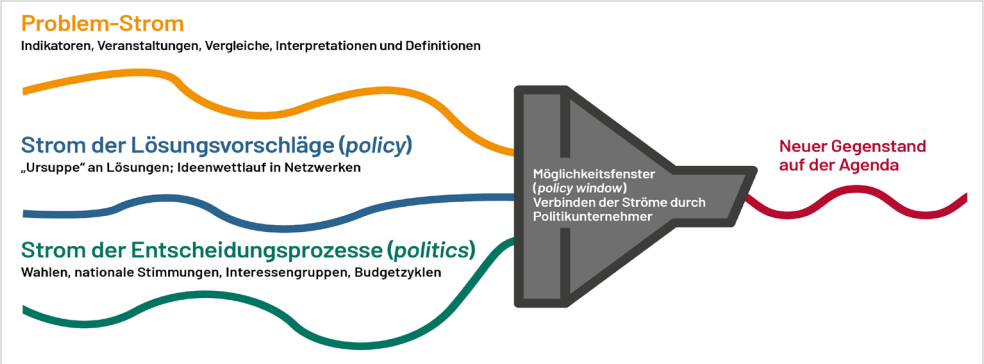
Zur Frage, wie Politikberatung innerhalb einer im Habermasschen Sinne pragmatischen Beratung funktioniert, stehen verschiedene Modelle nebeneinander, die letztlich zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen zur Strategie für ein erfolgreiches Engagement führen:

Modell 1: Beratung als (diffuses) Befüllen politischer Prozesse („*the garbage can*“) (nach Cohen, March & Olson, 1972). Bildlich gesprochen können wir uns ein überquellendes Postfach politischer Entscheidungsträger vorstellen, die in einer unsortierten Fülle von Wissen nach Lösungen für Probleme suchen. Wissen ist also im Überfluss verfügbar. Der Prozess ist jedoch von der Routine einzelner oder von Missverständnissen zwischen Akteur*innen geprägt und verläuft insgesamt eher zufällig. Beratende zielen darauf ab, besonders nützliche und verlässliche Informationen zur Verfügung zu stellen, in der richtigen Form und zum richtigen Zeitpunkt.

Modell 2: Ein idealtypischer Politik-Zyklus aus Problemerkennung, -bearbeitung, Wirkungsanalyse etc. Dies kann auch als Fortschrittsschlange verstanden werden (Lasswell, 1956), die von einer zwar nicht geradlinigen, aber insgesamt fortschreitenden Politikformulierung ausgeht. An verschiedenen Stellen dieser Fortschrittsschlange bringen beratende Institutionen ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in verschiedenen Formaten ein – als Kurzpapier, öffentlicher Beitrag oder in Gesprächsrunden.



Modell 3: Das Gelegenheitsfenster („Window of Opportunity“): Dieses Modell (Kingdon, 1984) geht davon aus, dass Problemfelder, Expert*innendiskussionen und politische Debatten nebeneinander existieren und sich nur dann Handlungen ergeben, wenn alle drei Elemente – Problemanalysen, Lösungsvorschläge und politische Anlässe – in einem „Gelegenheitsfenster“ zusammenkommen. Durch kluge Antizipation, etwa die Setzung von Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen oder zu Budgetverhandlungen, könnten „Policy Entrepreneurs“ neue Themen auf die Agenda bringen.



Modell 1 legt in der Konsequenz nahe, Wert auf gutes Timing für Angebote und eine gut zugängliche Darstellung zu legen, damit das Angebot „zur richtigen Zeit am richtigen Ort“ ist und aus der Informationsflut heraussticht. Modell 2 betont die zielgerichtete Kommunikation zu verschiedenen Anlässen. Modell 3 hebt zudem Möglichkeiten und Bedeutung eines aktiven Agenda-Settings hervor. Die drei Modelle schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können auch kombiniert werden.

Zudem bedeuten langfristige Wechselwirkungen zwischen globalen und lokalen Herausforderungen bei rasanten Veränderungen, dass Think-Tanks über ihren ursprünglichen **Themenbereich** hinausgehen und eine größere Bandbreite von Tätigkeiten einbeziehen. Das Vertrauen in die (erweiterten) Fachkompetenzen einer Institution entsteht nur über Zeit und Erfahrungen mit verlässlichen und von politischen Verantwortlichen nutzbaren Informationen.

Dabei können Institutionen auch **Lernprozesse moderieren**, indem sie unterschiedliche (Fach-) Communities verbinden („*convening power*"). Hierzu müssen Forschende jenseits des fachlichen Wissens vor allem auch systemisches Wissen haben, also Kenntnisse der Institutionen, Instrumente und Diskussionen. Zudem wird von ihnen ein breites Spektrum an Kommunikationsfähigkeiten erwartet, von der Beherrschung des wissenschaftlichen Fachdiskurses bis zur öffentlichen Kommunikation in allgemein verständlicher Form. Beratung findet in sehr unterschiedlichen Rollen statt (siehe Kasten 3). Bei allen unterschiedlichen Anforderungen ist die wissenschaftliche Fundierung essenziell.

Politikberatende Wissenschaftler*innen müssen sich über die vielfältigen Motivationen zur Einholung wissenschaftlicher Expertisen im politischen Prozess klar sein. Diese können unterschiedlichen Interessen dienen: der Legitimierung, Überzeugung, Orientierung; der Verzögerung oder Vermeidung von Entscheidungen; der Rechtfertigung unpopulärer Maßnahmen; der Schlichtung von Konflikten; der Klärung wissenschaftlicher Kontroversen sowie der Moderation widerstreitender Problemwahrnehmungen administrativer Einheiten.

Spannungsfelder zwischen Wissenschaft und Politik

Aus den unterschiedlichen Rollen von Wissenschaft und Politik entstehen Spannungsfelder. Die folgenden Erkenntnisse zu komplexen Interaktionen zwischen Politik und beratender Wissenschaft ergeben aus der Perspektive der Wissenschaft eine Daueraufgabe. Immer wieder muss die Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Politik und damit die Unabhängigkeit der Beratung aufs Neue sichergestellt werden – und dies, ohne die enge Kommunikation zwischen den beiden Systemen zu beschädigen.

Komplexitiät: Forschung mit Zukunftsperspektive bedeutet anspruchsvolle, oftmals interdisziplinäre Forschungsstrategien und -designs und kann nur selten einfache Antworten auf zunehmend komplexe Fragen geben. So ist beispielsweise wirtschaftliche Entwicklung ebenso von Naturräumen beeinflusst wie von kulturellen Praktiken und menschlicher Psychologie. Keine Disziplin wird für sich genommen alleingültige Entwicklungspfade aufzeigen können. Für politische Auftraggeber auf der Suche nach schnellen bzw. klaren Lösungen ist dies oftmals unbefriedigend. Allerdings würde prinzipienlose, theoriefreie Politikberatung unterhalb der Standards der Sozialwissenschaften die tatsächlich komplexen Problemkonstellationen, Zielkonflikte, Widersprüchlichkeiten, Spannungsfelder und Ambiguitäten ausblenden, die moderne Gesellschaften unter Bedingungen einer multipolaren Weltordnung auszeichnen.

Unsicherheiten: In der Forschung dienen Theorien und Modelle der Reduktion von Komplexität. Sie bilden dabei die Welt bewusst nur in Ausschnitten ab – mitunter aber auch, weil Zusammenhänge und Entwicklungen nicht vollständig bekannt sind. Daten werden immer anhand von Wirkungsmodellen interpretiert. Es ist daher wichtig, Begrenzungen und auch Unsicherheiten explizit zu machen. Insbesondere Zukunftsszenarien können nicht verstanden werden als präzise Vorhersagen für politische oder technologische Entwicklungen in zehn oder zwanzig Jahren – auch wenn Entscheider*innen sich dies wünschten, da sie gegenwärtig dazu Weichenstellungen vornehmen. Risiken und Unsicherheiten sind abzuwägen. Die Zukunft beinhaltet auch unerkannte Wechselwirkungen oder noch unbekannte Veränderungen. Dies gilt sowohl für Sozialwissenschaften als auch für naturwissenschaftliche Phänomene, etwa die Ursachen und Effekte des El-

Niño-Effekts, die in Subsystemen unterschiedliche Folgen und damit Konsequenzen für Ernährungssicherheit oder Naturkatastrophen haben können.

Handlungslogiken: Anwendungsorientierte Forschungsinstitute bewegen sich sowohl innerhalb des Systems der Wissenschaft als auch in politischen Prozessen. Der Anspruch muss sein, wissenschaftliche Exzellenz mit politikrelevanter Forschung zu vereinbaren, wobei Handlungslogik und Qualitätskriterien in Forschung und Politik nicht identisch sind. Politische Entscheidungsträger*innen sind zwar oft an gehaltvollen Analysen sowie Problemlösungs-, Orientierungs- und handlungsrelevantem Wissen interessiert. Die Nachfrage nach Politikberatung ist jedoch auch oft geprägt von kurzfristigem Interesse an aktuellen Themen und rasch wirksamen Instrumenten. Motivation kann letztlich immer auch eine Legitimation für politische Entscheidungen sein. Wissenschaftsbasierte Beratung zielt idealerweise auf bessere Grundlagen für Entscheidungen, sie nimmt hingegen keine gesellschaftlichen Aushandlungen und keinen Interessenausgleich vor.

Zeithorizonte: Vor allem unterscheiden sich die Zeithorizonte der Beteiligten. Politische Akteure arbeiten oftmals unter externem Handlungsdruck und immer auch mit parlamentarischen Mehrheiten – und damit im Rahmen von Legislaturperioden. Ihr Bedarf ist eher an schnellen Lösungen orientiert. Wissenschaft hingegen benötigt für die Evidenzbasierung vor allem: Zeit. Es bedarf der Erarbeitung und Eingrenzung der Fragestellung, einer Literatursichtung sowie oftmals methodisch aufwändiger Datenerhebung und ihrer Auswertung. Empfehlungen können erst danach erarbeitet werden.

Fazit

In der Abfolge „Problemwahrnehmung – Beratung – politische Entscheidung“ sind Interessen, Werte und Wissen von großer Bedeutung. Zugleich werden in der Wissenschaft die Vorprägungen mithilfe von Methodentreue systematisch hinterfragt bzw. aus der Datenerhebung herausgehalten. Gute Beratung basiert daher auf guter Wissenschaft, die theoretisch verankert und methodisch stringent ist sowie auf Anwendungsfälle bezogen wird.

Abbildung 2: Aspekte erfolgreicher Beratungsinstitutionen



Quelle: Eigene Darstellung

Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik muss stetig austariert werden. Auf Seiten der Entscheider*innen, die Beratung nachfragen, vermischen sich in der Realität unterschiedliche Modelle von Beratung, wie sie von Universitäten, Consulting-Firmen, Durchführungsorganisationen oder Einheiten für Grundsatzfragen angeboten werden. Eine intensive Kommunikation mit dem Beratungsadressaten ist entscheidend, damit Entscheider*innen und Wissenschaftler*innen gegenseitig die jeweilige Handlungslogik verstehen. Hierzu gehört auch die Verständigung zur *Funktion* der Beratung, die nicht immer eindeutig und nicht immer explizit ist. Ein tiefes Verständnis von politischen Institutionen („polities“) und ihren Abläufen („politics“) seitens der wissenschaftlichen Beratenden ist daher für erfolgreiche Beratung mitentscheidend.

Dies stellt Anforderungen an wissenschaftliche Institutionen, die sich in der Beratung engagieren.

Längerfristig erarbeitet werden Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Zudem sind Zeitnähe der Forschung und zukunftsweisende Empfehlungen eine nicht zu unterschätzende institutionelle Herausforderung, die eine hochqualifizierte und flexible Mitarbeiterschaft erfordert.

Für diejenigen, die in der wissenschaftlichen Politikberatung arbeiten, ergeben sich Herausforderungen, die etwa in einem Prozess der Qualitätssicherung aufgegriffen und bearbeitet werden (sollten). Nicht mit einem wissenschaftlichen Verständnis vereinbar sind Vorgaben der Politik zu den Methoden oder Ergebnissen von Forschung. Zugleich können Wissenschaftler*innen nicht einfordern, dass ihre Ergebnisse unmittelbar zu politischen Handlungen führen, da die Aushandlungsprozesse der Politik jenseits ihres Mandats liegen. Von beiden Seiten ist Respekt für die jeweilige Rolle erforderlich, denn die Kooperation löst die jeweiligen Rationale nicht auf.

Literatur

Chatham House. (2017). Thomas Farrar interviewing Michael Gove. https://www.chathamhouse.org/2017/03/michael-gove-trouble-experts

Cohen, M. D., March, J. G., & Olson, J. P. (1972). A garbage can model of organizational choice. *Administrative Science Quarterly. 17*(1), 1–25.

Grimm, S. (2020). *Pandemic – Crystallising the need and challenges for policy advice*. IDOS blog, 22.04.2020. https://blogs.idos-research.de/2020/04/22/pandemic-crystallising-the-need-and-challenges-for-policy-advice/

Grimm, S., & Hornidge, A.-K. (2025). *Science as early casualty in the authoritarian turn*. IDOS blog, 21.03.2025. https://blogs.idos-research.de/2025/03/21/science-as-early-casualty-in-the-authoritarian-turn/

Grimm, S., Gensch, M., Hauf, J., Prenzel, J., Rehani, N., Senz, S., & Vogel, O. (2018). *The interface between research and policy-making in South Africa: exploring the institutional framework and practice of an uneasy relationship* (Discussion Paper 19/2018). German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE). https://doi.org/10.23661/dp19.2018

Habermas, J. (1968). Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In J. Habermas, *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie'* (S. 120–145). Suhrkamp.

Kingdon, J. W. (1984). *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Little, Brown and Company.

Lasswell, H. D. (1956). *The decision process: Seven categories of functional analysis*. University of Maryland.

Leibniz-Gemeinschaft. (2021). *Leitlinien wissenschaftlicher Politik und Gesellschaftsberatung*. https://www.leibniz-gemeinschaft.de/

Lentsch, J., & Weingart, P. (Hrsg.) (2011). *The Politics of Scientific Advice: Institutional Design for Quality Assurance*. Cambridge University Press.

Mbeva, K. (2022). *Elusive Vaccine Solidarity – A long shadow over globalisation.* IDOS blog, 06.04.2022. https://blogs.idos-research.de/2022/04/06/elusive-vaccine-solidarity-a-long-shadow-over-globalisation/#more-14801

Schneidewind, U., & Singer-Brodowski, M. (2013). *Transformative Wissenschaft – Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. metropolis Verlag.

Start, D., & Hovland, I. (2004). *Tools for Policy Impact – A Handbook for Researchers.* ODI. https://media.odi.org/documents/194.pdf

Strohschneider, P. (2014). Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In A. Borodocz, D. Herrmann, R. Schmidt, D. Schulz, & J. Schulze-Wessel (Hrsg.), *Die Verfassung des Politischen* (S. 176–192). Springer VS.

Van der Daele, W., & Neidhard, F. (Hrsg.). *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*. WZB-Jahrbuch 1996, Sigma Edition.

Weingart, P. (2001). *Die Stunde der Wahrheit. Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Velbrück Wissenschaft.

Weingart, P., Kielmansegg, P. G., Hüttl, R., Kurth, R., Mayntz, R., Münkler, H., Neidhardt, F., Pinkau, K.; Renn, O., Schmidt-Aßmann, E., & Ash, M. G. (2008). *Leitlinien Politikberatung*. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Willke, H. (1998). Organisierte Wissensarbeit. *Zeitschrift für Soziologie, 27*(3), 161–177.

Dr. Sven Grimm ist Abteilungsleiter für Wissenskooperation und Ausbildung am IDOS sowie Extraordinary Professor an der Stellenbosch University, Südafrika.

E-Mail: sven.grimm@idos-research.de

Das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) wird institutionell vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und vom Land Nordrhein-Westfalen als Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) finanziert.

Zitationsvorschlag:
Grimm, S. (2026). *Wissenschaftliche Politikberatung – Aufgaben, Anforderungen und Spannungsfelder* (IDOS Policy Brief 29/2026). IDOS. https://doi.org/10.23661/ipb29.2026

Disclaimer:
Die in diesem Papier dargelegten Analysen geben die Meinung der Autor*innen wieder und stellen nicht unbedingt jene des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) dar.

Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieser Publikation unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Licence lizenziert. Es ist erlaubt, dieses Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und zu bearbeiten, solange das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH und der/die Autor*in(nen) genannt werden.

IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

ISSN (Print) 2751-4455
ISSN (Online) 2751-4463

DOI: https://doi.org/10.23661/ipb29.2026

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH
Tulpenfeld 6, 53113 Bonn
E-Mail: publications@idos-research.de
http://www.idos-research.de

Gedruckt auf umweltfreundlichem, zertifiziertem Papier.

JRF
MITGLIED DER Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft